

**Organisatorische Zuordnung des Stadtarchivs;
Gründung eines Instituts für Stadtgeschichte und
Erinnerungskultur**

Stadtarchiv zum Institut für Stadtgeschichte weiterentwickeln;
Antrag Nr. 14-20 / A 05763 von der Fraktion DIE GRÜNEN/RL
vom 31.07.2019

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03810

7 Anlagen

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 21.07.2021 (VB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten.....	2
1. Stadtratsantrag.....	2
2. Aufgaben des Stadtarchivs.....	2
2.1 Tätigkeiten des Stadtarchivs.....	3
2.2 Organisationsformen in anderen Städten im Bundesgebiet.....	6
3. Künftige organisatorische Zuordnung und Zusammenarbeit.....	7
4. Verbesserte Koordinierung der städtischen Akteure durch die Gründung eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur.....	8
5. Personelle und budgetäre Ausstattung des neuen Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur, Umsetzungsprozess.....	14
5.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit für 1,0 VZÄ (Öffentlichkeitsarbeit).....	17
5.2 Finanzierung.....	18
II. Antrag des Referenten.....	19
III. Beschluss.....	20

I. Vortrag des Referenten

1. Stadtratsantrag

Die Fraktion DIE GRÜNEN/RL hat am 31.07.2019 Folgendes beantragt (s. Anlage 1):

„Das im Direktorium angesiedelte Stadtarchiv wird als Institut für Stadtgeschichte mit der „Stadtgeschichte“ des Kulturreferats zusammengeführt und im Kulturreferat angesiedelt – in enger Kooperation mit Stadtmuseum, Jüdischem Museum und NS-Dokumentationszentrum.“

Die Fraktion DIE GRÜNEN/RL hat einer Verlängerung der Bearbeitungsfrist zugestimmt.

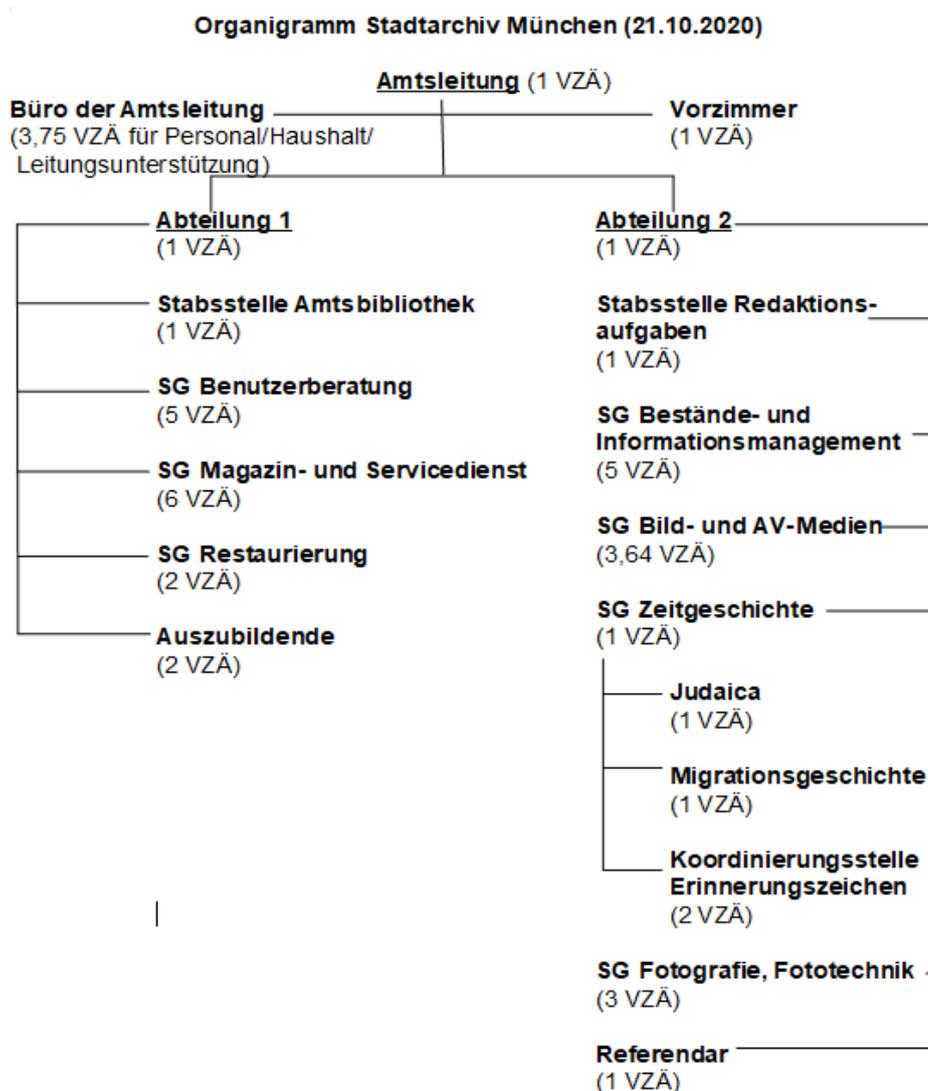
2. Aufgaben des Stadtarchivs

Aufgabengliederungsplan

Gemäß dem Aufgabengliederungsplan der Landeshauptstadt München ergeben sich folgende Zuständigkeiten:

- 1.3.7 Zentrale Sicherung der städtischen Verwaltungsüberlieferung und stadtgeschichtliche Forschungsarbeit (Stadtarchiv)
 - 1.3.7.1 Erwerb, Verwaltung, Erschließung und Pflege der Bestände
 - Auswahl, Übernahme und Inventarisierung archivreifer Verwaltungsunterlagen
 - Ordnung und Schutz der Archivalien
 - Erhalt und Ausbau der Foto- und Filmsammlung
 - Beratung nichtöffentlicher Archivträger
 - 1.3.7.2 Forschung, Bereitstellung und Vermittlung historischer Information
 - Benutzerdienst
 - Führung und Erschließung der Stadtchronik
 - Herausgabe und Förderung wissenschaftlicher und heimatkundlicher Arbeiten zur Stadtgeschichte
 - 1.3.7.3 Mitwirkung bei der städtischen Informationsverwaltung und Informationssicherung
 - Fortführung der städtischen Akten- und Registraturvorschriften und Registraturbetreuung
 - Gutachtliche Tätigkeit für die städtischen Dienststellen
 - Pflege interner Informationspools (Amtsbibliothek, Dateien)

Das Stadtarchiv verfügt aktuell über 42,36 Stellen-VZÄ, die sich wie folgt aufteilen:



2.1 Tätigkeiten des Stadtarchivs

a) Archivgut erfassen und sichern

Gemäß Artikel 2 Satz 3 des für die Einrichtung von Archiven grundlegenden Bayerischen Archivgesetzes vom 22. Dezember 1989 haben Archive „die Aufgabe, das Archivgut zu erfassen, zu übernehmen, auf Dauer zu verwahren und zu sichern, zu erhalten, zu erschließen, nutzbar zu machen und auszuwerten“.

Das Stadtarchiv in München gehört seit jeher zu den dem Oberbürgermeister direkt unterstellten Dienststellen. Das ist aus gutem Grund der Fall, denn es war historisch gesehen die erste Aufgabe des Stadtarchivs, durch die Übernahme und die dauerhafte Erhaltung zentraler Dokumente städtischer Verwaltungstätigkeiten die Rechtsposition der Stadt München auch für die Zukunft zu sichern. Daran hat sich nichts geän-

dert. In der heutigen demokratischen Gesellschaft von ebensolchem Gewicht ist aber, dass durch die Archivierung auch das städtische Verwaltungshandeln dokumentiert und transparent gehalten wird und dass damit die nachträgliche demokratische Kontrolle einer gesetzmäßigen Verwaltungsführung sichergestellt ist. Durch die Übernahme und dauerhafte Aufbewahrung wichtiger Unterlagen aus sämtlichen Referaten, wie z.B. der Personenstandsbücher, der polizeilichen Meldedaten oder der Baugenehmigungsakten der Lokalbaukommission, wird zudem die Wahrung begründeter Rechtsansprüche der Bürger*innen Münchens garantiert.

Das Archivmaterial im Magazingebäude mit ca. 20.000 laufenden Metern ist eines der umfangreichsten in der Bundesrepublik.

Das Stadtarchiv übernimmt wichtiges Registraturgut aus sämtlichen städtischen Ämtern. Dabei handelt es sich nicht nur um Akten, sondern auch um Karten, Pläne, Bild-, Film- und Tonmaterial sowie digitales Schriftgut etc. Daneben erwirbt es auch stadtgeschichtlich relevante Unterlagen aus Privatbesitz.

Die übernommenen Materialien werden erschlossen, so dass sie sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Bürger*innen auf Dauer zur Benutzung zur Verfügung stehen. Da die Bestände Material vom Mittelalter bis in die jüngste Vergangenheit umfassen, fungiert das Stadtarchiv sozusagen als das "Gedächtnis" der Stadt.

Benutzer*innen können im Lesesaal Einsicht in die Bestände nehmen. Spezifische Schwerpunkte bei der Benutzung ergeben sich durch die besonders reiche Überlieferung an Fotografie zur Topografie und Ereignisgeschichte Münchens. Eine reichhaltige Quelle ist auch die seit 1818 geführte Münchner Stadtchronik.

Außerdem ist das Stadtarchiv aktiv tätig in der Ausbildung von Archivar*innen und berät bundesweit kleinere Archive. Daneben ist das Stadtarchiv Mitglied in den einschlägigen Fachorganisationen und nimmt dort aufgrund seiner Größe und Historie eine führende Rolle ein.

b) Zentraler Ansprechpartner für die Aktenführung

Mit seinen aktenkundlich ausgebildeten Fachkräften ist das Stadtarchiv auch der zentrale Ansprechpartner für alle Fragen des Records Managements und der Registratur- und Aktenführung in der Stadtverwaltung. Dies gilt auch für digitale Unterlagen. Nachdem es in einem langjährigen Projekt die Möglichkeit für eine digitale Langzeitarchivierung geschaffen hat, hat das Stadtarchiv in Bezug auf die elektronische Aktenführung und Dokumentenmanagementsysteme eine wesentliche Beratungsleistung im Rahmen der zukunftsorientierten Digitalisierungsoffensive der Landeshauptstadt München übernommen. Nicht zuletzt im Hinblick auf seine Vorreiterrolle bei der digitalen Langzeitarchivierung kommt dem Stadtarchiv München mittlerweile eine bundesweite Führungsposition unter den kommunalen Archiven zu.

Im Rahmen des Projekts zur stadtweiten Einführung der E-Akte bei der Stadt München erarbeitet das Projektteam des RIT das fachlich-organisatorische sowie techni-

sche Konzept. Um die spezifischen Anforderungen sowohl an die E-Akte selbst als auch den hiermit zusammenhängenden Fragestellungen nach einer zeitgemäßen, transparenten und nachhaltigen elektronischen Schriftgutverwaltung zu erfassen und umzusetzen, ist die fachliche Beratung durch das Stadtarchiv hierbei unabdinglich.

Eine im Februar 2021 vorgelegte „Blaupause E-Akte“ sieht daher bei der Festlegung und Weiterentwicklung der Regularien für die Schriftgutverwaltung, insbesondere bei der Anwendung des Einheitsaktenplans, im Interesse eines stadtweit einheitlichen Prozesses im IT-Standard-Projekt die fachliche Leitung durch das Stadtarchiv vor. In enger Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv werden Anforderungen an die elektronische Schriftgutverwaltung formuliert und Entscheidungen über deren Umsetzung getroffen. Das Einführungsprojekt wird um mehrere Pilotprojekte in den Referaten ergänzt, die eine konkrete und praxisnahe Weiterführung des Vorgehensmodells ermöglichen. Auch hierbei ist eine fortlaufende Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv nötig und sinnvoll, um konkrete Herausforderungen und spezifische Fragestellungen mit der notwendigen Kompetenz beantworten zu können. Mittel- bis langfristig benötigt das Projekt die Unterstützung des Stadtarchivs sowohl für die Qualitätssicherung bei der Aktenbildung als auch bei der kontinuierlichen Weiterentwicklung der E-Akte.

In dieser beratenden Rolle wird das Stadtarchiv als Teil des Direktoriums stadtweit tätig und übernimmt damit eine Querschnittsfunktion.

c) Stadtgeschichte erlebbar machen

Durch eigene Ausstellungen und Publikationen leistet das Stadtarchiv wichtige Forschungsarbeit. Die Veranstaltungsreihe "Einblicke" ermöglicht den Blick in die verschiedenen Tätigkeitsfelder des Stadtarchivs München; neben Vorträgen zu stadthistorischen Themen werden Gespräche über die einzelnen Sammlungen des Archivs sowie über praktische Fragen zum archivischen Arbeiten angeboten.

Das Stadtarchiv München erstellt Gutachten für die Stadtverwaltung, stellt Unterlagen für die Benutzung durch ein breites Publikum bereit und vermittelt seine Bestände durch Ausstellungen, Vorträge, Medienbeiträge und Publikationen an die historisch interessierte Öffentlichkeit. Durch schulpädagogische Veranstaltungen und Seminare in den Hochschulen und der Erwachsenenbildung werden Interessenten an die Arbeit mit Archivalien herangeführt, elementare Kenntnisse der Historischen Grundwissenschaften sowie Themen aus der Münchner Stadtgeschichte vermittelt.

Im Bereich der jüdischen Geschichte Münchens, hier in enger Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde, bei der Beratung über Gedenktafeln, Denkmäler oder Inschriften im städtischen Fachgremium AG Gedenktafeln und bei der Straßebenennung leistet das Stadtarchiv seit vielen Jahren auch einen wesentlichen Beitrag zur Münchner Erinnerungskultur.

Der Stadtrat beauftragte das Stadtarchiv darüber hinaus mit der archivalischen Dokumentation der Migrationsgeschichte und siedelte dort die Koordinierungsstelle für die Erinnerungszeichen an. Dieses breitgefächerte Engagement erfolgte und erfolgt immer wieder in enger Kooperation und Abstimmung mit dem Fachbereich „Stadtge-

schichte“ im Kulturreferat, mit der Monacensia, mit dem Münchner Stadtmuseum, mit dem Jüdischen Museum und mit dem NS-Dokumentationszentrum.

Das Stadtarchiv arbeitet jedoch nicht nur mit dem Kulturreferat eng zusammen, sondern auch mit anderen Referaten. So besteht z.B. mit dem Kommunalreferat eine enge und beständige Kooperation beim Thema Straßennamen und Straßenumbenennung. Ebenso mit dem IT-Referat beim Thema E-Akte (siehe Ausführungen unter b).

2.2 Organisationsformen in anderen Städten im Bundesgebiet

Insgesamt ließen sich in Deutschland nur vier „Institute für Stadtgeschichte resp. Zeitgeschichte“ ermitteln, bei denen die Archive in ihrer Gesamtheit zusammen mit anderen Einrichtungen unter einem gemeinsamen Behördendach zusammengefasst sind und deren Leitung keine archivische Ausbildung vorzuweisen hat.

Die älteste bekannte Einrichtung dieser Art ist das 1989 geschaffene „Institut für Stadtgeschichte“ in Gelsenkirchen, dessen zentrale Aufgabe die wissenschaftliche Erforschung, Aufbereitung und Präsentation der Stadtgeschichte Gelsenkirchens ist. Die Erfüllung archivischer Aufgaben steht hier nicht im Vordergrund. Zum Institut für Stadtgeschichte zählen die Bereiche Stadtarchiv, historische Forschung und Beratung sowie die Dokumentationsstätte „Gelsenkirchen im Nationalsozialismus“.

In Recklinghausen wurde das Stadtarchiv mit dem ehemaligen Vestischen Museum im Jahr 2010 in einer organisatorischen und funktionalen Einheit als „Institut für Stadtgeschichte“ zusammengeschlossen. Dieses Institut ist in eine archivische und eine museale Abteilung aufgegliedert.

Im „Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation“ der Stadt Wolfsburg sind verschiedene Gedächtnisinstitutionen der Stadt vereinigt. Neben dem erst 1976 gegründeten Stadtarchiv mit seinen vornehmlich aus der Zeit nach 1946 stammenden Beständen gehören zu diesem Institut der Gedenk- und Bildungsort KZ-Außenlager Laagberg, die Geschichtswerkstatt, deren Aufgabe es ist, Stadtgeschichte zu vermitteln, die Dokumentationsstelle über die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie der Aufgabenbereich „Kunst im Stadtbild“.

Eine andere Situation liegt in Frankfurt am Main vor. Das „Institut für Stadtgeschichte“ wurde hier lediglich durch eine Umbenennung geschaffen. Das Stadtarchiv wurde 1993 in „Institut für Stadtgeschichte“ umbenannt. Seit dieser Zeit steht das Institut unter einer Leitung ohne archivische Ausbildung.

Mit dieser Ausnahme sind die „Institute für Stadtgeschichte“ alle in Kommunen angesiedelt, in denen die eher kleineren Archive nicht auf eine lange Tradition und auf eine fest etablierte Aufgabenstellung zurückblicken können.

In allen größeren Kommunen mit traditionsreichen großen Archivbeständen, wie z.B. in Nürnberg und Köln sind die Archive eigenständige Behörden unter archivfachlicher Leitung geblieben.

In Augsburg wurde die Zuständigkeit vor Kurzem sogar vom Kulturreferat in den Bereich des Oberbürgermeisters verlagert, um das Stadtarchiv in Zusammenhang mit der Einführung der E-Akte zu stärken.

3. Künftige organisatorische Zuordnung und Zusammenarbeit

Folgende Gründe sprechen für einen Verbleib der zentralen Bereiche des Stadtarchivs als Teil des Direktoriums:

Mit der städtischen Rechtssicherung, der Dokumentation städtischen Verwaltungshandelns, der Wahrung bürgerschaftlicher Rechtsansprüche, dem Records Management und der digitalen Langzeitarchivierung nimmt das Stadtarchiv zentrale Querschnittsaufgaben für die gesamte Landeshauptstadt München wahr, wie sie ähnlich auch das Statistische Amt oder das Presse- und Informationsamt erfüllen. Um diese auch in die Zukunft gerichteten Aufgaben erfüllen zu können, ist es unabdingbar, dass das Stadtarchiv von zentraler Stelle aus, und nicht lediglich als Dienststelle eines der städtischen Referate den Zugriff auf die Unterlagen aller städtischen Dienststellen und Eigenbetriebe erhält und seine Beratungsleistungen anbietet. Im Konfliktfall muss das Stadtarchiv mit der Autorität des direkt beim Oberbürgermeister angesiedelten Direktoriums eine ordnungsgemäße analoge und digitale Aktenführung und -aussonderung durchsetzen können.

Da die grundsätzliche Regelung der Verwaltung von Akten und sonstigen Unterlagen bei der Landeshauptstadt München eine Dienststellen übergreifende zentrale Aufgabe ist, ist diese Aufgabe gemäß der Aktenordnung der Landeshauptstadt München beim Direktorium verankert. Zu dieser Aufgabe gehört auch die Zuständigkeit für die Änderung des Aktenplans und das Mitspracherecht bei der Einrichtung von Registraturen. Aufgrund seiner Kompetenzen und Erfahrungen im Bereich der Aktenführung und des Records Managements wurde das Stadtarchiv als Dienststelle des Direktoriums mit dieser gesamtstädtischen Aufgabe betraut. Es ist zuständig für die Beratung aller städtischen Dienststellen und Wirtschaftsbetriebe in allen Fragen der Schriftgutverwaltung, der Aktenführung und der Registraturordnung. Stadtgeschichtliche Fragen sind nur ein Aspekt bei der Archivierung, im Vordergrund steht in der Regel die Aufbewahrung samt der Möglichkeit des Zugriffs auf die Altakten.

Der Datenschutz verlangt nicht nur eine regelmäßige Aktenaussonderung bei den Behörden, sondern auch eine organisatorische und räumliche Trennung des Archivs von anderen Organisationseinheiten des Archivträgers, da sonst die Gefahr besteht, dass die Verwaltung Zugang zu archivierten personenbezogenen Unterlagen erhält. Die DSGVO und das Bayerische Datenschutzgesetz gehen mit ihren Bestimmungen, dass die Archivierung einer Löschung der Daten gleichzusetzen ist, implizit von dieser räumlichen und organisatorischen Trennung aus. Das wäre mit der beantragten Ansiedelung des Stadtarchivs im Kulturreferat nicht im gleichen Maße gewährleistet.

Darüber hinaus gehen Archivar*innen und Historiker*innen mit anderen Anforderungen und Zielsetzungen an Bestände heran:

Während die Dokumente im Archiv ausschließlich von der in ihnen enthaltenen Information her gesehen und bewertet werden und diese Information notfalls auch ohne die Dokumente überliefert werden kann, stehen für stadtgeschichtliche und erinne-

rungskulturelle Vermittlungsprojekte andere Fragestellungen und Einsatzmöglichkeiten im Vordergrund. Das Stadtarchiv setzt seine Übernahme- und Erwerbungsstrategien stets in Bezug auf die tragende Säule des Hauses, nämlich das amtliche städtische Schriftgut, und hat daher einen ganzheitlichen Ansatz der städtischen Überlieferungsbildung und nicht ihren Nutzen für bestimmte Projekte und Zielsetzungen im Blick.

Daher begründet sich auch die Notwendigkeit, dass das Stadtarchiv von einer Archivar*in geleitet wird. Diese Ansicht wird auch in der Fachwelt vertreten und zeigte sich u.a. auch in entsprechenden Schreiben z. B. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare an den Oberbürgermeister.

Eine Verlagerung des Stadtarchivs in Gänze zum Kulturreferat würde eine Reihe neuer Schnittstellen schaffen. So wäre in allen Fragen des gesamtstädtischen Records Managements, der Schriftgutverwaltung, der Aktenführung und der Registraturordnung eine regelmäßige Abstimmung zwischen Stadtarchiv und Direktorium notwendig und stehen einem effizienten Verwaltungshandeln entgegen. Das Gleiche gilt für die stadtweite Einführung und Weiterentwicklung der E-Akte, zu der das RIT bereits die beratende Unterstützung des Direktoriums und die fachliche Leitung des Stadtarchivs angefordert hat. Im GPAM des Direktoriums wurden darüber hinaus 2,5 VZÄ geschaffen, die insbesondere auch für das Thema digitale Langzeitarchivierung zuständig sind. Ohne die hier vorhandenen spezifischen Fachkenntnisse lässt sich die digitale Langzeitarchivierung kaum weiter umsetzen. Das Stadtarchiv ist in regelmäßigem Kontakt mit den Bürgermeisterbüros und der Protokollabteilung des Direktoriums, um Gutachten und Formulierungshilfen zu allen mit dem Archiv in Zusammenhang stehenden Fragestellungen vom Mittelalter bis in die Gegenwart zu liefern.

4. Verbesserte Koordinierung der städtischen Akteure durch die Gründung eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur

Der Bereich Stadtgeschichte im Kulturreferat und das Stadtarchiv stehen seit langem bei zahlreichen Arbeitsfeldern in intensivem Austausch. Dazu zählen stadtgeschichtliche und erinnerungskulturelle Projekte genauso wie die gemeinsame Gremienarbeit (Wissenschaftliche Beiräte Erinnerungszeichen und Straßenbenennungen, AG Gedenktafeln u. a.).

Allerdings wird hier noch Potenzial zur Verbesserung der Zusammenarbeit und weitgehender Reduzierung von Schnittstellen gesehen. Dazu wird im Sinne des Antrags vorgeschlagen, ein „Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur“ beim Kulturreferat einzurichten. In diesem Institut sollen das Sachgebiet Zeitgeschichte des Stadtarchivs und der derzeitige Fachbereich Stadtgeschichte des Kulturreferats zusammengefasst werden, womit die koordinative und inhaltliche Abstimmung gemäß dem Stadtratsantrag dauerhaft optimiert werden kann.

a) Aufgaben des Sachgebiets Zeitgeschichte im Stadtarchiv München

Das Sachgebiet Zeitgeschichte im Stadtarchiv München hat sich seit Ende der 1980er Jahre aus dem damals neu eingerichteten Sammlungsbereich JUDAICA entwickelt. Zentrales Ziel dieses archivinternen Arbeitsfeldes war zunächst eine möglichst weitreichende Rekonstruktion der durch die NS-Zeit stark fragmentierten und lückenhaften Quellenüberlieferung zur Geschichte der Jüd*innen in München. Durch eigene Recherchen und wissenschaftliche Projekte sowie durch die Akquise von privaten Unterlagen und Nachlässen wurde das Wissen über Lebenswelten und Verfolgungsschicksale der jüdischen Münchner*innen beträchtlich erweitert. Ein entscheidendes Merkmal dieser Aktivitäten war eine bewusste Verstärkung der öffentlichen Präsenz durch Veranstaltungen, Publikationen, Projekten und Kooperationen zur Jüdischen Geschichte Münchens. Dieser Ansatz trug nicht nur dem stark gestiegenen und bis heute anhaltend hohen zivilgesellschaftlichen Interesse an jüdischer Geschichte Rechnung, sondern war auch sichtbarer Ausdruck einer lebendigen kommunalen Erinnerungskultur und ein klares Bekenntnis gegen jegliche Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit innerhalb der Stadtgesellschaft. Zwischen 1998 und 2006 war der Sammlungsbereich JUDAICA gemeinsam mit dem Stadtmuseum federführend für den Betrieb des damaligen Jüdischen Museums München verantwortlich. Kernstück des Sammlungsbereichs JUDAICA war und ist die Datenbank zum „Biografischen Gedenkbuch der Münchner Juden 1933-1945“ – ein Vorhaben, das bundesweit und international als Vorbild bei der Rekonstruktion verschwundener jüdischer Lebenswelten wahrgenommen wird und dessen Format für vergleichbare Datenbankprojekte beispielgebend ist.

Die intensiven regionalen und überregionalen Vernetzungen und Kooperationen mit anderen städtischen und staatlichen Gedächtnisinstitutionen, mit wissenschaftlichen und universitären Einrichtungen sowie mit bürgerschaftlichen Geschichtsinitiativen haben über die Jahre zu einer Verbreiterung des Aufgabenspektrums des Sammlungsbereichs JUDAICA geführt. Es war daher naheliegend, den Sammlungsbereich zu einem Sachgebiet Zeitgeschichte mit übergreifenden Aufgabenschwerpunkten etwa im Bereich der jüngeren Münchner Stadtgeschichte, der Migrationsgeschichte oder der Erinnerungskultur auszubauen. Dadurch konnte das Stadtarchiv seine Funktion als Kompetenzzentrum zur Stadtgeschichte akzentuieren und die eigene Funktion als „Gedächtnis der Stadt“ mit partizipativen und multithematischen Angeboten an die Stadtgesellschaft noch besser sichtbar machen.

Das Sachgebiet Zeitgeschichte ist nicht nur Anlaufstelle für stadtgeschichtliche und wissenschaftliche Anfragen unterschiedlichster Ausprägung. Stark ausgeprägt im Aufgabenprofil sind auch Gremienarbeit und stadtinterne Fachberatungen, etwa gutachterliche Stellungnahmen zu kontrovers diskutierten historisch-politischen Themenfeldern. Die im Sachgebiet verankerte Dokumentationsverantwortung (Sammlung JUDAICA, Zeitgeschichtliche Sammlung, Sammlungsschwerpunkt Migrationsgeschichte, Körperschaften) besitzt einen hohen Wirkungsgrad für die stadtgeschichtliche Überlieferungsbildung. Ergänzt wird das Portfolio des Sachgebiets Zeitgeschichte durch eigene Forschungsvorhaben – insbesondere wissenschaftliche Publikationen, Ausstellungen, Tagungen, Vorträge – die zu einer dynamischen Weiterentwicklung des stadtgeschichtlichen Forschungsstandes beitragen. Durch ein breites Spektrum von Vermittlungsangeboten werden unterschiedliche historisch interessierte Zielgruppen angesprochen und unterstützt. Die Betreuung von schulischen Projekten (etwa P- und W-Seminare) zählt gleichermaßen zum Standardprogramm wie die Kooperati-

on mit außerschulischen Bildungsträgern und die Entwicklung eigener stadtviertelbezogener Veranstaltungsformate zu speziellen Themenfeldern.

Das Sachgebiet Zeitgeschichte im Stadtarchiv umfasst sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (5 VZÄ) – durchgängig Historiker*innen mit Hochschulabschluss.

Tätigkeiten im Einzelnen:

- Fachliche Beratung von Stadtspitze, Stadtrat und Verwaltung bei stadthistorischen Themen und Fragestellungen (etwa Straßenbenennungen)
- Benutzerberatung; Beantwortung von Anfragen (wissenschaftlich, heimatkundlich, genealogisch, amtlich).
- Mitwirkung an der stadthistorischen Überlieferungsbildung (Sammlungs- und Dokumentationstätigkeit; Zeitzeugeninterviews).
- Betreuung und Weiterentwicklung von stadthistorisch relevanten Datenbanken; Transfer dieser Formate in den virtuellen Raum (etwa Biografisches Gedenkbuch der Münchner Juden).
- Entwicklung von partizipativen Veranstaltungsformaten zu stadthistorisch relevanten Themenfeldern auf Stadtviertelebene (etwa „Aktionstage Westend“, „Aktionstage Laim“).
- Gremienarbeit; Mitwirkung in Wissenschaftlichen Beiräten; Vernetzung mit nationalen und internationalen Akteuren (etwa International Feuchtwanger Society)
- Mitgestaltung der kommunalen Erinnerungskultur (etwa AG 9. November; AG 13.3.; AG Gedenktafeln; Expert*innengremium Historisch belastete Straßennamen).
- Konzeption und Betreuung von Buchreihen und Publikationen zu stadthistorisch relevanten Themen (etwa Münchner Beiträge zur Migrationsgeschichte).
- Mitwirkung bei stadthistorisch relevanten Projekten Dritter (etwa Bildportal Arolsen Archives).
- Entwicklung, Betreuung und Realisierung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben mit universitären und außer-universitären Partnern (etwa „Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus“; „Transnationale Erinnerungskultur München-Verona“, „Migration bewegt die Stadt“).
- Sicherstellung von Erinnerungskultur durch Realisierung von Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum (Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen).

b) Tätigkeiten des Fachbereichs Stadtgeschichte, Abt. 1 im Kulturreferat

Aufabengliederungsplan

5 Kulturreferat

5.1 Zentrale Aufgaben

5.1.1 Förderung von Kunst und Kultur unter Berücksichtigung der Querschnittsaufgaben Gleichstellung und Inklusion

5.1.1.1 Bildende Kunst, Literatur, Darstellende Kunst, Musik, Film, Wissenschaft, Präsentation stadthistorischer Forschungsarbeit

5.1.1.2 Stadtteilkultur unter Einbeziehung des kulturellen bürgerschaftlichen Engagements, regionale Festivals, Veranstaltungstechnik, Kulturelle Infrastruktur

5.1.1.3 Kulturelle Bildung, Internationales, Urbane Kulturen

- 5.1.1.4 Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft gemeinsam mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft und dem Kommunalreferat
- 5.1.2 Beteiligungsmanagement und Betreuung für
 - Münchner Volkshochschule GmbH
 - Deutsches Theater München Betriebs GmbH
 - Münchner Volkstheater GmbH
 - Pasinger Fabrik Kultur- und Bürgerzentrum GmbH
 - Eigenbetrieb Münchner Kammerspiele mit Schauburg und Otto-Falckenberg-Schule
- 5.1.3 Verwaltung der Stiftungen des Kulturreferats; zweckentsprechende Ausreichung der Stiftungsmittel
 - 5.1.3.1 Ausreichung der Stiftungsmittel im Rahmen des in der jeweiligen Satzung festgelegten Stiftungszwecks

1990 wurde als Reaktion auf das immens gewachsene Interesse der Münchner Bevölkerung an der Stadtgeschichte im Kulturreferat das Sachgebiet Kommunale Geschichtsarbeit gebildet. Die Erinnerung an stadthistorische Themen, Ereignisse oder Personen wird in München von vielen Akteur*innen in sehr unterschiedlichen Formaten gestaltet und praktiziert. Der Fachbereich Stadtgeschichte im Kulturreferat ist hier Unterstützer von Initiativen und Freien Szenen, Kooperationspartner und Mitveranstalter sowie Initiator und Koordinator von Programmreihen.

Nach 30 Jahren Stadtgeschichte im Kulturreferat zeigt sich, dass das zunächst enge Aufgabengebiet der Unterstützung von Geschichtsinitiativen in München mittlerweile immer breiter geworden ist. Heute werden stadthistorische wie erinnerungskulturelle Vorhaben der Landeshauptstadt maßgeblich im Fachbereich Stadtgeschichte konzipiert, recherchiert und umgesetzt. Alle Vorhaben im Fachbereich Stadtgeschichte erfolgen zeitgemäß in Abstimmung mit anderen städtischen Dienststellen und Einrichtungen, insbesondere aber auch unter Einbeziehung der jeweiligen Akteur*innen, Betroffenen und der Öffentlichkeit sowohl auf regionaler wie überregionaler Ebene. Das Kulturreferat verfolgt dabei einen multiperspektivischen Ansatz.

War in den 1980er und 1990er Jahren noch eine starke Fokussierung auf die NS-Vergangenheit zu verzeichnen, sind seither auch weitere inhaltliche Schwerpunkte in den Tätigkeitsbereich des Fachbereichs Stadtgeschichte gerückt, wie die Defizite in den Bereichen der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte, Kolonialismus und postkoloniale Kritik, postmigrantische Erinnerungskultur, Gender und Diversität. Gleichwohl bleibt die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit – samt ihrer Vor- und Nachgeschichte – für München als ehemalige „Hauptstadt der Bewegung“ ein zentraler Bezugspunkt der städtischen Erinnerungskultur. Zunehmend wichtiger wird für diese Auseinandersetzung eine Vielfalt an Formaten und Vermittlungsformen. Es geht um eine Öffnung der Erinnerungsformen, um eine kritische Reflexion permanenter Setzungen im öffentlichen Raum sowie um innovative pädagogisch-partizipative wie künstlerische Zugänge zur nachhaltigen Bewusstseinsänderung.

Beispiele für die veränderte Herangehensweise des Fachbereichs Stadtgeschichte bilden die erinnerungskulturellen Projekte zu 100 Jahren Räterepublik 2018/19 sowie die Errichtung des Denkmals „Für Euch“ für alle Opfer des rassistischen Attentats am 22. Juli 2016 (öffentliche Übergabe am 22.7.2017 am Olympia Einkaufszentrum), ebenso wie die Erarbeitung der Dokumentation zum Oktoberfest-Attentat von 1980

(öffentliche Übergabe am 26.9.2020; www.dokumentation-oktoberfestattentat.de), die als neue Form von Erinnerungs- und Dokumentationsort auf der Theresienwiese im Zusammenwirken mit zahlreichen Opfer-Angehörigen und Überlebenden gemeinsam entwickelt wurde.

Gerade die Erinnerung im öffentlichen Raum nimmt in München einen besonderen Stellenwert ein, ist Gegenstand zahlreicher Debatten und Diskurse, und ist gerade deshalb ein wichtiger Bereich gesellschaftlicher und kultureller Diskussion. Hierzu arbeiten der Fachbereich Stadtgeschichte und Kunst im öffentlichen Raum intensiv zusammen, wenn es sich um temporäre und permanente Gedenkkunst handelt.

Der Fachbereich Stadtgeschichte wird von einer Historikerin (1 VZÄ) geleitet und umfasst neben einer VZÄ Verwaltungsfachkraft zwei Historiker 1,48 VZÄ (0,5 VZÄ befristet bis 2022 für die Realisierung des partizipativen Kunstwerks zur Erinnerung an die Geschichte der Sinti und Roma/Sint*izze und Rom*nja in München).

Tätigkeiten im Einzelnen:

- Beratung der Referatsleitung durch Stellungnahmen und Bearbeitung von BA- und Stadtratsanträgen sowie Bürgeranfragen.
- Leitung der AG Gedenktafeln, internes Fachgremium zur Erarbeitung von Empfehlungen für den Stadtrat bzgl. Anträgen nach Denkmälern, Gedenktafeln, Erinnerungsorten in der Stadt
- Vertretung der Referatsleitung in Gremien (Kuratorium Stiftung Bayerische Gedenkstätten, AG Erinnerung in der Stadt des Deutschen Städtetags)
- Konzeption und Realisierung von städtischen Erinnerungsorten (Denkmal „Für Euch“ für alle Opfer des rassistischen Attentats vom 22.7.2016, Dokumentation Oktoberfest-Attentat, Namensdenkmal für alle Opfer des Nationalsozialismus in München, Partizipatives Kunstwerk zur Geschichte der Sinti und Roma/Sint*izze und Rom*nja in München)
- Konzeption und Durchführung von zentralen städtischen Gedenkveranstaltungen (Gedenktag an die Deportation der Münchner Sinti und Roma/Sint*izze und Rom*nja am 13.3., OEZ am 22.7., Oktoberfest-Attentat am 26.9., Gedenktag an die Reichspogromnacht 9.11.)
- Vertretung in wissenschaftlichen Expertengremien (u.a. Straßennamen, Umgestaltung Alpines Museum München, bereits abgeschlossen: Denkstätte Weiße Rose, Deutsches Jagd und Fischereimuseum)
- Vernetzung, Beratung und Förderung von ehrenamtlicher Geschichtsarbeit in München (Zuschüsse) sowie Kooperationen mit städtischen, überregionalen und internationalen Geschichtsinstitutionen (Münchner Stadtmuseum, NS-Dokumentationszentrum, Jüdisches Museum München, Monacensia, Institut für Zeitgeschichte München, Ludwig-Maximilians-Universität, Yad Vashem (Israel) u.a.m.)
- Betrieb der Dokumentation Oktoberfestattentat: Forschungsprojekt, Oral-History, Fortentwicklung der Ausstellung in Zusammenarbeit mit Überlebenden des Attentats, Pädagogische Angebote und Besucherbetreuung.
- Publikationen (Kultur- und Themengeschichtspfade, Broschüre zum Oktoberfest-Attentat)

c) Hauptaufgaben des Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur

Die Aufgabe des Instituts soll sein, aktuelle stadthistorische und erinnerungskulturelle Debatten, Fragen, Anträge und Projekte an einer Stelle zu bündeln und die bisherigen Aufgaben des Sachgebiets Zeitgeschichte und des Fachbereichs Stadtgeschichte unter einem gemeinsamen institutionellen Dach zusammenzufassen und unter Nutzung synergetischer Effekte effektiver weiter zu führen und auszugestalten. Das Institut wird eigenständige Forschungsarbeiten aus stadtrelevanten Fragestellungen heraus initiieren, bearbeiten und publizieren. (Bsp. Münchner Stadtverwaltung im NS, Gedenkbücher, Migrationsgeschichte, Jüdische Geschichte, Forschungsprojekt Oktoberfest-Attentat u.a.). Weitere Kernbereiche bleiben die inhaltliche Beratung und finanzielle Unterstützung stadthistorischer und erinnerungskultureller Initiativen der Münchner Bürgerschaft (Zuschüsse) wie auch die Realisierung eigener Veranstaltungen, Vermittlungsformate und Kooperationen (Gedenkveranstaltungen und Sonderprojekte). Die Fortentwicklung der Kulturgeschichtspfade als erfolgreiches Vermittlungsformat von Stadtteilgeschichte gehört damit auch zu dem übergeordneten Ziel des neuen Instituts der besseren Sichtbarmachung der Stadtgeschichte seit dem frühen 20. Jahrhundert und dem zeitgemäßen und kritischen Umgang damit heute.

Zu diesem kritischen Umgang gehört heute auch eine sachgerecht gestaltete Öffentlichkeitsarbeit, die sich nicht nur aus dem Anspruch eines intensiven Dialogs mit historisch interessierten Einzelpersonen und Initiativen, sondern auch aus der Tatsache ergibt, dass die Arbeitsfelder eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur auch politisch kontroverse und gesellschaftlich heftig umkämpfte Themenfelder wie die Kolonialgeschichte, Migrationsphänomene oder die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum (Kriegerdenkmäler, umstrittene Personendenkmäler, Straßenumbenennungen) beinhalten.

Der Mehrwert dieses Instituts ist darüber hinaus, dass dieses mit anderen Akteur*innen und Institutionen mit stadthistorischem Bezug (NS-Dokumentationszentrum, Münchner Stadtmuseum, Jüdisches Museum, Monacensia u.a.) Projekte noch enger entwickeln und die künftige Bearbeitung neuer Themenfelder besser koordinieren kann. Dies ist insbesondere in puncto Sichtbarkeit der städtischen Strategie von erhöhtem Nutzen (beispielsweise in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit, überregionale Vernetzung, Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen und Forschungszentren usw.). Weiterhin werden übergreifende Empfehlungen für die Leitung des Kulturreferats und den Stadtrat erarbeitet.

5. Personelle und budgetäre Ausstattung des neuen Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur, Umsetzungsprozess

Die aktuelle Haushaltssituation lässt keine Gründung als neues Institut außerhalb des Kernbereichs des Kulturreferats zu. Durch die Errichtung einer eigenen Verwaltungsstruktur entstünde ein hoher Kostenaufwand. Darum werden das Sachgebiet Zeitgeschichte aus dem Direktorium-Stadtarchiv und der Fachbereich Stadtgeschichte des Kulturreferats im Kulturreferat zusammengeführt. Das Institut soll jedoch als eigenständige Organisationseinheit innerhalb des Kulturreferats dauerhaft sichtbar bleiben.

Die verwaltungsorganisatorische Umsetzung der Mitarbeiter*innen des Sachgebiets Zeitgeschichte Direktorium-Stadtarchiv und des Fachbereichs Stadtgeschichte des Kulturreferats zum Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur soll zum 1.1.2022 erfolgen.

Für die Leitung durch eine Fachwissenschaftler*in/Historiker*in ist beabsichtigt, eine der bereits bestehenden Leitungsstellen in A 15 einzuordnen (vorbehaltlich der abschließenden Einwertung durch das POR). So könnte der momentanen Haushaltslage Rechnung getragen werden und lediglich eine bereits bestehende Stelle neu bewertet werden.

Das Direktorium prüft in enger Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat, wie eine zusätzliche Unterstützung des neuen Instituts bei den anfallenden Verwaltungstätigkeiten z. B. durch vorhandenes Personal und die Zuschaltung einer Nachwuchskraft sichergestellt und auf dem Bürowege umgesetzt werden kann.

Es ist wichtig für die künftige Zusammenarbeit der Mitarbeiter*innen, dass alle wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen des neuen Instituts künftig – gemäß ihres Tätigkeitsfeldes und in Abstimmung mit dem POR – gleichwertig eingestuft werden.

Bei der Gründung sind Fragen zu Budget, Personal und Beteiligung der Mitarbeiter*innen zu klären. Die konkrete Ausgestaltung der Rollen und Prozesse erfolgt daher über einen stringenten Organisationsprozess unter enger Einbindung des Direktoriums und des Kulturreferats sowie der Begleitung des Personal- und Organisationsreferats (POR-P 3.3). Im Fokus steht dabei die Erarbeitung der Aufbau- und Ablaufstrukturen im Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur. Vorgesehen ist dabei eine Unterstützung durch das POR – P 3.3 insbesondere bei folgenden Punkten:

- Moderation bei der Erarbeitung der möglichen Organisationsmodelle
- Moderation der Workshops zur Bewertung der Organisationsmodelle anhand erarbeiteter Kriterien
- Prozessmodellierung der Zusammenarbeit

Um die Kontinuität der Arbeit an den Sammlungen des Stadtarchivs für die Mitarbeiter*innen aus dem Stadtarchiv bestmöglich zu gewährleisten, sollten diese bis zur Klärung der räumlichen Situation durch das Kulturreferat vorerst in den Räumlichkeiten des Stadtarchivs verbleiben. Außerdem sind die Zugriffsmöglichkeiten auf die für die Arbeit des neu zu schaffenden Instituts notwendigen Unterlagen des Stadtarchivs sicher zu stellen. Um nicht mit dem Archivrecht und dem Datenschutz in Konflikt zu geraten, bedarf es dazu einer Regelung zwischen Institut und Stadtarchiv. Nach Prüfung durch die Rechtsabteilung des Direktoriums und der städtischen Datenschutzbeauftragten steht einer solchen Regelung nichts im Wege. Die genaue Ausgestaltung wird bei der Erarbeitung der Aufbau- und Ablaufstrukturen noch festgelegt werden. Ziel ist es, möglichst wenig Verwaltungsaufwand zu generieren.

Die konsumtiven Budgetanteile des Sachgebiets Zeitgeschichte im Direktorium-Stadtarchiv sowie das investive und konsumtive Budget der Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen werden 2022 in den Haushalt des Kulturreferats (künftig Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur) übertragen.

Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit des Instituts

Für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit des Instituts wird mit diesem Beschluss noch eine VZÄ in E13/A13 für 2022 beantragt.

Ein Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur fungiert in vielfältiger Weise als Schnittstelle zu einer historisch und erinnerungskulturell interessierten Stadtgesellschaft. Die Darstellung und Vermittlung der Arbeit des Instituts nach Außen ist daher zentral und betrifft neben den Linienaufgaben auch die Projektarbeit des Instituts. Die Öffentlichkeitsarbeit des Instituts muss breit angelegt und professionell aufgestellt sein. Sie umfasst neben den klassischen Formaten der Kommunikation auch die sich dynamisch verändernden Formate digitaler Kommunikation und reagiert auf die zunehmend virtuelle Rezeption und Diskussion von geschichtlichen bzw. erinnerungskulturellen Themen durch die Öffentlichkeit.

Die Notwendigkeit einer sachgerecht gestalteten Öffentlichkeitsarbeit für alle Tätigkeitsfelder des Instituts ergibt sich nicht nur aus dem Anspruch eines intensiven Dialogs mit historisch interessierten Einzelpersonen und Initiativen, sondern auch aus der Tatsache, dass die Arbeitsfelder eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur auch politisch kontroverse und gesellschaftlich heftig umkämpfte Themenfelder wie die Kolonialgeschichte, Migrationsphänomene oder die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum (Kriegerdenkmäler, umstrittene Personendenkmäler) beinhalten. In diesem Zusammenhang ist auch die Thematik der „Straßenumbenennungen“ zu sehen. Um dieses sensible und hochbrisante Thema besser vermitteln zu können, soll künftig ein Weg zu einer stärkeren Information der Öffentlichkeit über die Entscheidungsfindung und zu einer Beteiligung von interessierten Bürger*innen sowie thematisch betroffenen Initiativen und Aktivist*innen (z. B. Migrationsbeirat) gefunden werden

Um dieses zu gewährleisten und auch die Öffentlichkeitsarbeit des gesamten Instituts entsprechend den Anforderungen durchzuführen, ist eine zusätzliche VZÄ in E13/A13 nötig.

Diese Stelle wurde in die Eckdatenmeldungen für den Haushalt 2022 aufgenommen.

Ausblick

Mittelfristig bestehen außerdem folgende personelle Bedarfe (insg. 2,5 VZÄ):

- Schnittstelle Erinnerungskultur im öffentlichen Raum: Entfristung einer 0,5 VZÄ (E 13) einer wissenschaftlichen Mitarbeiter*in, die aktuell die Realisierung des partizipativen Kunstwerks zur Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma / Sint*izze und Rom*nja und künftig die bereits vom Stadtrat beschlossenen Großprojekte wie bspw. das digitale Namensdenkmal für die im Nationalsozialismus getöteten Münchner*innen bearbeitet.
- Wissenschaftliche Mitarbeiter*in der Dokumentation Oktoberfestattentat: Für die Besucherbetreuung der 2020 eröffneten Lernortes, die inhaltliche Fortentwicklung der Ausstellung und des Forschungsprojektes sowie die Beteiligung der Überlebenden wurde ein Bedarf von 0,5 VZÄ (E 13) ermittelt.
- Wissenschaftliche Mitarbeiter*in Straßenumbenennungen: Für die intensive Vor- und Nachbereitungen sowie das auf Wunsch des Stadtrats verstärkte partizipative Vorgehen im Dialog mit der Stadtgesellschaft hat das Stadtarchiv einen Personalbedarf von 0,5 VZÄ (E 13) befristet für 5 Jahre ermittelt.
- Für die dauerhafte Erledigung von Verwaltungsaufgaben (wie Bestell- und Rechnungsvorgängen, Bewirtschaftung der Kostenstellen, Kontaktaufnahme mit allen potenziell Beteiligten, Ausschreibungs- und Vergabeverfahren, Durchführung der Spartenabfragen sowie Betreuung, Pflege und Erhalt der errichteten Erinnerungszeichen) wurde der Bedarf von etwa einer VZÄ der 3. QE aus dem Verwaltungsbereich (zur dauerhaften Finanzierung der vom POR in Aussicht gestellten Nachwuchskraft) ermittelt.

Aufgrund der aktuellen Haushaltslage können diese Bedarfe momentan nicht beantragt werden. Sollte es die Haushaltslage wieder zulassen, wird das Kulturreferat den Stadtrat zum geeigneten Zeitpunkt hiermit nochmals gesondert befassen.

5.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit für 1,0 VZÄ (Öffentlichkeitsarbeit)

	dauerhaft ab 2022	einmalig in 2021	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	91.750,-- ab 2022		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)* für 1 * Öffentlichkeitsarbeit (E 13/A 13)	88.950,--		
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**	2.800,--		
Lfd. Arbeitsplatzkosten (je 800 €)	800,--		
Ersteinrichtung Arbeitsplatz (je 2000 €)	2.000,--		
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)			
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	1,0		

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

5.2 Finanzierung

Bei der Einrichtung des neuen Instituts fällt die Öffentlichkeitsarbeit als neue Aufgaben an, insofern gibt es aktuell hierfür keine Ressourcen.

Im Rahmen der Referatsbudgets des Kulturreferats und des Direktoriums bestehen keine Alternativen zur Kapazitätsausweitung und Finanzierung. Daher muss die Finanzierung über diesen Beschluss bereitgestellt werden.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Kulturreferat, dem Personal- und Organisationsreferat, der Stadtkämmerei, dem Gesamtpersonalrat und der Gleichstellungsstelle für Frauen abgestimmt.

Das Kulturreferat stimmt dem Beschlussentwurf zu.

Das Personal- und Organisationsreferat und die Stadtkämmerei stimmen der Beschlussvorlage bezüglich des Kapazitätsmehrbedarfs von 1,0 VZÄ für ein*e SB Öffentlichkeitsarbeit und der damit verbundenen Haushaltsausweitung nicht zu (vgl. Anlagen 2 und 3).

Durch die Stellungnahme der Rechtsabteilung des Direktoriums und der behördlichen Datenschutzbeauftragten (vgl. Anlage 5) konnten offene rechtliche Fragen des örtlichen Personalrats des Stadtarchivs (vgl. Anlage 6) geklärt und anschließend die Zustimmung des Gesamtpersonalrats (vgl. Anlage 7) eingeholt werden.

Die Anregungen der Gleichstellungsstelle für Frauen (vgl. Anlage 4) werden in den weiteren Ausgestaltungsprozess einfließen.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Verwaltungsbeirätin des Direktoriums, Zentrale Verwaltungsangelegenheiten, Frau Stadträtin Marion Lüttig, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

Eine rechtzeitige Zuleitung der Vorlage an die Gremiumsmitglieder war wegen des komplexen Abstimmungsbedarfs nicht möglich.

II. Antrag des Referenten

1. Das Kulturreferat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Direktorium die Einrichtung eines Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur beim Kulturreferat zum 01.01.2022 umzusetzen.
2. Die Aufgaben und Kapazitäten des Sachgebietes „Zeitgeschichte“ des Stadtarchivs werden mit Wirkung zum 01.01.2022 auf das Kulturreferat übertragen. Das POR wird beauftragt, die Personalauszahlungen ab 2022 in entsprechender Höhe in den Teilhaushalt des Kulturreferates zu übertragen.
3. Das Personal- und Organisationsreferat, P 3.3, wird beauftragt, 2021 entsprechende Unterstützungsleistungen für die betroffenen Bereiche einzuplanen und das Direktorium und das Kulturreferat entsprechend zu unterstützen.
4. Das Kulturreferat wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel dauerhaft i. H. v. bis zu 88.950 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2022 anzumelden. Darüber hinaus wird das Kulturreferat gebeten, die Einrichtung von 1,0 Stelle und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.
Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten*innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 29.368 € (40% des JMB).
5. Das Kulturreferat wird beauftragt, die einmaligen Sachkosten zur Einrichtung und Ausstattung der Arbeitsplätze in Höhe von 2.000 Euro und die konsumtiven Arbeitsplatzkosten in Höhe von 800 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2022 anzumelden.
6. Das Produktkostenbudget des Produktes 36250100 (Kulturreferat Förderung von Kunst und Kultur) erhöht sich ab 2022 durch die Stellenschaffung um 121.118 €, davon sind 91.750 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).
7. Konsumtive Budgetanteile des Sachgebiets Zeitgeschichte im Direktorium-Stadtarchiv sowie das investive und konsumtive Budget der Koordinierungsstelle Erinnerungszeichen werden 2022 in den Haushalt des Kulturreferats (künftig Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur) übertragen.
8. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20 / A 05763, „Stadtarchiv zum Institut für Stadtgeschichte weiterentwickeln“ der Fraktion DIE GRÜNEN/RL vom 31.07.2019 ist geschäftsordnungsgemäß erledigt.
9. Das Kulturreferat berichtet dem Stadtrat über den Umsetzungsprozess 2023.
10. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss
nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die D-II-V/SP

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z. K.

V. Wv. Direktorium D-I-ZV

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Kulturreferat**

An das Personal- und Organisationsreferat

An den Gesamtpersonalrat

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

z. K.

Am